

Glücklose SEG oder Scheitern mit System?

Ein Sprichwort heißt: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.“ Die Wiesbadener Presse legt der städtischen Gesellschaft SEG in jüngster Zeit eine Serie von Pleiten, Pech und Pannen zur Last. Die vorgeblichen Tatorte heißen: Zollspeicher in Biebrich, Platz der Deutschen Einheit, Faulbrunnen-Platz, Walhalla und City-Passage.

Alles über einen Kamm zu scheren und der SEG-Geschäftsführung die Alleinverantwortung für all die offenkundigen Misserfolge zuzuschreiben dient nicht der Aufklärung.

Es gilt zu berücksichtigen, dass in manchen Fällen äußere Umstände oder eine von der Stadtpolitik allzu vage gehaltene Handlungsvorgabe verantwortlich sein könnten.

Zum anderen ist auffällig, dass die SEG bei all diesen Projekten zunächst vollmundig verkündigt hat, es seien perfekte Lösungen und Partner gefunden, die eine tragfähige und zeitnahe Realisierung der Vorhaben garantierten. Diese Versprechungen lösten sich dann regelmäßig in nichts oder elendes Stückwerk auf. Die Folgen sind gravierend: Die Stadt hat keine neuen Zentren urbanen Lebens sowie des sozialen und kulturellen Miteinanders hinzugewonnen, sondern plagt sich mit ewigen Baustellen und teuren Rechtsstreitigkeiten herum.

War dieses Scheitern durchgängig dem Zufall geschuldet oder hat sich hier ein Scheitern mit System Bahn gebrochen? Wurde stets nach den Regeln verantwortlicher Planung und sachgerechten Managements verfahren? Haben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hinreichend klare Prioritäten gesetzt und der SEG den Handlungsspielraum gelassen, diese Vorgaben konsequent umzusetzen? Ist eine städtische Eigengesellschaft, für die „schwarze Zahlen“ ein „Muss“ sind, stets der beste Dienstleister oder hätte man manche Aufgabenerledigung nicht besser der Fachverwaltung zugewiesen? Garantiert die strategische Ausrichtung der SEG, dass ihre Projektplanungen durchgehend am Gemeinwohl ausgerichtet sind und eine nachhaltige Gesamtentwicklung der jeweiligen Standorte befördern oder gibt es Absichten und/oder strukturelle Bedingungen, die dem entgegen stehen?

Aus dem Stegreif kann niemand diese Fragen beantworten. Umso wichtiger ist es aus Sicht der Initiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“, ernsthaft zu prüfen, was in jedem Einzelfall dafür verantwortlich war, dass die Stadt am Ende vor einem Scherbenhaufen an finanziellen Lasten und Vertrauensverlusten stand.

Bei den Entscheidungen in Sachen Zollspeicher und künstlerische Gestaltung der Stele am Faulbrunnenplatz wurde das Votum von Beteiligungsgremien in den Wind geschlagen – das hat tiefe Wunden hinterlassen. Die vielen „guten Zwecke“, denen diese Vorhaben angeblich dienen sollten, verengten sich zu recht eindimensionalen Konzepten. Von dem „Plan A“, für den sich die SEG begeisterte, hörte man viel – von Ausweichplanungen „B“ und „C“ so gut wie nichts.

Das Zustandekommen solcher Entwicklungen bedarf dringend der Aufklärung. Es kann und darf nicht sein, dass Wiesbaden seine Zukunft verspielt, weil man sich weigert die Vergangenheit aufzuarbeiten.

